



Brüssel, 11. Dezember 2009

Andreas Schwab (EVP/CDU):

Schwab fordert Einstellung von Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Raumordnungsvorschriften von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen / Großflächige Einzelhandelsvorhaben / Verbrauchernahe Versorgung sichern

Der binnenmarktpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Andreas Schwab, fordert die Kommission auf, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen einer angeblichen Diskriminierung von großflächigen Einzelhandelsvorhaben (z.B. Factory Outlet Centern) durch das Raumordnungsrecht der Bundesländer einzustellen.

"Die Erhebung dieser Aufsichtsklage durch die Kommission ist völlig übertrieben," so Schwab. "Selbst wenn die Länderregelungen die Niederlassungsfreiheit beschränken sollten, sind solche raumbezogenen Beschränkungen jedenfalls durch zwingende Gründe des Allgemeinwohls gerechtfertigt. Der Einzelhandel auf der grünen Wiese muss sich planungsrechtlich in das städtische und räumliche Gefüge einordnen. Hierzu gehört auch die Sicherung einer verbrauchernahen Versorgung, die durch Leerstand in der Innenstadt bedroht wird. Diese zwingenden Gemeinwohlinteressen sind auch in der von der Kommission selbst unterstützten Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt aus dem Jahre 2007 verankert", so Schwab weiter.

Die Kommission vertritt die Auffassung, dass Deutschland mit Vorschriften zu großflächigem Einzelhandel in Regional- und Landesentwicklungsplänen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gegen die in Artikel 43 EG-Vertrag geschützte Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsrichtlinie verstoßen hat.

Schwab erklärte hierzu: "Es geht in der Raumplanung nicht um die Verhinderung einer Ansiedelung eines ausländischen Großinvestors, sondern um die Versorgung der Bevölkerung und um die Erhaltung der Infrastruktur in einer herausfordernden Zeit enormen wirtschaftlichen und demographischen Wandels. Dafür müssen – auch aus Grundsätzen der Subsidiarität – die Mitgliedstaaten regelungsbefugt bleiben."

Für weitere Informationen:

Dr. Andreas Schwab MdEP, Tel. +32 2 284 7938